

Geheimpapier der Nagra sorgt für Verwirrung

Wurden das Zürcher Weinland und Jura Ost AG als Standorte für Atommüll-Endlager bestimmt? Ein Dokument der Nagra legt das nahe. Diese spricht von einem «möglichen Szenario».



Die Atomabfall-Genossenschaft Nagra nennt in einem internen Papier zwei Standorte für Atommüll-Endlager: das Zürcher Weinland und Jura-Ost AG. Die Nagra will das Papier als eines von vielen möglichen Szenarien verstanden wissen. Das Bundesamt für Energie klärt nun ab, welchem Zweck das Dokument tatsächlich dient.

Wo in der Schweiz dereinst Tiefenlager für radioaktive Abfälle entstehen, wird der Bundesrat entscheiden - laut Bundesrätin Doris Leuthard in spätestens zehn Jahren. Im Dezember 2011 hat der Bundesrat beschlossen, dass vorderhand alle sechs möglichen Standorte vertieft geprüft werden.

In Kontrast dazu scheint ein Dokument der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) zu stehen, das die «SonntagsZeitung» in ihrer aktuellen Ausgabe thematisiert und [auf ihre Website gestellt hat](#).

Die Aktennotiz mit dem Titel «Abstimmungsbesprechung Explorationsplanung» stammt vom 18. November 2011. Darin nennt die Nagra auf einer mit dem Vermerk «vertraulich» versehenen Folie zwei Standorte für Atommüll-Endlager: Zürich Nordost (Weinland) für hochradioaktive Abfälle und Jura-Ost (ehemals Bözberg AG) für schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

Für die beiden Standorte würde gemäss Bohrprogramm ein Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Nach ein paar Bohrungen wieder gestoppt würde hingegen die Untersuchung der Standorte Nördliche Lägern AG/ZH und Südanden SH. Gar keine Erwähnung finden die Standorte Wellenberg NW und Jura-Südfuss (AG).

BFE will Erklärungen

Das Bundesamt für Energie (BFE) hat seit dem 19. September Kenntnis von der Aktennotiz der Nagra. Dies sagte BFE-Sprecherin Marianne Zünd am Sonntag auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA. An einer Sitzung der Arbeitsgruppe des Bundes für nukleare Entsorgung (Agneb) habe Geologe Walter Wildi das Dokument thematisiert.

Atomkritiker Wildi, der als Professor an der Universität Genf lehrt, war im August aus dem Beirat Entsorgung zurückgetreten. Er begründete diesen Schritt mit der «unverantwortlichen Sicherheitskultur» bei der Suche nach einem Tiefenlager.

Das BFE hat sich laut Zünd nach der Agneb-Sitzung umgehend an die Nagra gewandt, die dem Bundesamt die geforderten Unterlagen Ende September zugestellt hat. Nun seien Abklärungen im Gang, sagte Zünd: «Die Nagra wird uns einiges erklären müssen.» Unter anderem will das BFE wissen, welchem Zweck die fragliche Planung genau dient, in welchem Zusammenhang sie steht und weshalb die Nagra die Standorte mit Namen nennt, wenn es sich um ein Modell handeln soll.

Zudem sei nicht klar, ob das BFE dieselben Unterlagen erhalten habe, die Wildi an der Sitzung erwähnt hatte.

Laut Marianne Zünd ist es durchaus legitim, dass die Nagra verschiedene Strategien plant. Seltsam mutet aber die Art und Weise des Vorgehens an.

Nagra: «Nur eines von vielen möglichen Szenarien»

In der Stellungnahme schreibt sie, es gebe «keine Vorfestlegung von Standorten». Die Aktennotiz beschreibe «eines von vielen möglichen Szenarien», welches die Basis für die Berechnungen der nötigen personellen und finanziellen Ressourcen darstelle. Es beschreibe jedoch nicht die Planung.

In ihrer Antwort an die «SonntagsZeitung» geht die Nagra zudem auf die Frage ein, weshalb sie in der Notiz die richtige Standortbezeichnungen verwendete und nicht - wie in Modellen üblich - Platzhalter. «Konkrete Kosten lassen sich nur anhand von konkreten Szenarien an konkreten Orten ermitteln», schreibt die Nagra. In externen Publikationen werde die Einengung der Standorte dann modellhaft dargestellt, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.

Professor Wildi: Wo sind die anderen Szenarien?

Geologieprofessor Walter Wildi zweifelt an dieser Darstellung. Wie er auf Anfrage der SDA sagte, gibt es seines Wissens nur dieses eine Nagra-Dokument mit dem einen Szenario. Sollte es tatsächlich noch weitere Szenarien geben, müssten dazu seiner Einschätzung nach ebenfalls Dokumente existieren.

Zudem sei die Aktennotiz sehr präzise, enthalte Standortbezeichnungen und sei nicht unplausibel, sagte Wildi. Sie umfasse eine Art Aktionsplan und einen Kalender. Übrig blieben

jene zwei Standorte, von denen schon länger vermutet werde, dass sie von der Nagra ins Auge gefasst würden.

Besorgt über das Nagra-Dokument zeigt sich die Schaffhauser Regierungspräsidentin Ursula Hafner (SP). Im Interview mit der «SonntagsZeitung» sagte sie, das Papier liefere «einen weiteren Hinweis auf die Voreingenommenheit der Nagra». Die Nagra müsse nun «sehr viel erklären».

Reagiert hat auch die Regionalkonferenz Nördlich Lägern. Sie erwartet von der Nagra «umgehend eine detaillierte Stellungnahme», wie sie mitteilte. Das Papier verunsichere und verärgere die Bevölkerung. Es werde der Verdacht geschürt, dass die Regionalkonferenzen reine Alibiübungen seien. Damit fühlten sich alle daran Beteiligten «für ein politisches Manöver missbraucht».